

An:
Mitglieder Kulturausschuss Deutscher Bundestag,
Fraktionsvorsitzende Bundestagsparteien,
Bundestagspräsident und Vizes,
Beauftragter für Kultur und Medien und Land Berlin,
Bundespräsident und -kanzlerin,
Bundesverfassungsgerichtspräsident,
Bundesratspräsident, Ministerpräsidenten, Hans-Jochen Vogel.

Berlin, den 14. November 2011

Stellungnahme

Am 10. November 2011 beschloss der Deutsche Bundestag, die Bundesregierung aufzufordern, sich »für eine Aufwertung des in Berlin bestehenden Denkmals für die in der Zeit des Nationalsozialismus ermordeten Kranken und Behinderten einzusetzen« sowie am historischen Standort der Planung des Verbrechens, der Tiergartenstraße 4, »weitergehend« über die »Euthanasie«-Morde und die Zwangssterilisationen »zu informieren« (Drucksache 17/5493).

Die Unterzeichnenden begrüßen diesen Beschluss, für den sie sich seit Jahren eingesetzt haben, und verbinden damit den Wunsch, dass die Umgestaltung dieses historischen Ortes dazu beiträgt, die Erinnerung an die Massentötungen – vor allem an psychisch kranken und behinderten Menschen – durch Ärzte, medizinisches und Verwaltungspersonal sowie SS-Einsatzkommandos in der öffentlichen Wahrnehmung Deutschlands zu verankern.

Wir teilen die Auffassung des Bundestages, dass es am historischen Ort der Täter keines neuen Denkmals bedarf, sondern vor allem der Information. Zugleich begrüßen wir die Forderung, das historische Gebäude – die zentrale Dienststelle der Krankenmordorganisation – sichtbar zu machen und die bestehende Gedenktafel in die Neukonzeption angemessen einzubeziehen. Es geht darum, über dieses komplexe und lange verdrängte Thema so verständlich wie möglich aufzuklären. Hierfür ist eine Darstellung der Vorgeschichte, der Täter und des Leids der Opfer, aber auch der Nachwirkungen dieses ersten nationalsozialistischen Massenmordes, insbesondere als Vorstufe zum Holocaust, am Ort notwendig.

Der Beschluss des Bundestages setzt einen Anfang; die entscheidenden Prozesse der inhaltlichen Gestaltung des historischen Orts Tiergartenstraße 4 liegen noch vor uns. An ihrer Umsetzung sollten die genannten Bundesstiftungen, Opfer- und Verbände der Behindertenselbsthilfe, die deutsche Ärzteschaft und medizinische Fachgesellschaften, ebenso wie einschlägige Gedenkstätten und die historische Forschung beteiligt sein.

Unterzeichnet von

Margret Hamm
Arbeitsgemeinschaft »Bund der »Euthanasie«-Geschädigten und Zwangssterilisierten«

Sigrid Falkenstein
Runder Tisch »T 4«, Berlin

Prof. Dr. Dr. Frank Schneider
Past Präsident der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde
Direktor der Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik am Universitätsklinikum Aachen

Dr. h. c. Joachim Gauck
Vorsitzender »Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.«

PD Dr. Thomas Beddies
Institut für Geschichte der Medizin an der Charité, Berlin

Dr. Petra Fuchs
Institut für Geschichte der Medizin an der Charité, Berlin

Dr. Annette Hinz-Wessels, Berlin

Prof. Dr. Michael von Cranach, Psychiater

PD Dr. Georg Lilienthal
Gedenkstätte Hadamar

PD Dr. med. Gerrit Hohendorf, Medizinhistoriker,
Technische Universität München, für den »Arbeitskreis zur Erforschung der nationalsozialistischen
›Euthanasie‹ und Zwangssterilisation«

Dr. Michael Wunder, Dipl.-Psychologe, Hamburg,
für den »Arbeitskreis zur Erforschung der nationalsozialistischen ›Euthanasie‹ und Zwangssterilisation«

Prof. Dr. Volker Roelcke
Direktor des Instituts für Geschichte der Medizin, Universität Gießen

apl. Prof. Dr. Hans-Walter Schmuhl
Universität Bielefeld, Fakultät für Geschichtswissenschaft, Philosophie und Theologie

Sascha Topp
Institut für Geschichte der Medizin, Universität Gießen

Prof. Dr. Andreas Nachama
Geschäftsführender Direktor der Stiftung Topographie des Terrors

Prof. Dr. Wolfgang Benz
Sprecher des Beirats der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Uwe Neumärker und Dr. Ulrich Baumann
Direktor und stellv. Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas